

21. Unternehmertag der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg

12. September 2011

Rede von Burkhard Ischler

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

den diesjährigen Unternehmertag haben wir unter die Überschrift gestellt: „Industrieland Deutschland – Standort stärken, Zukunft sichern“.

Wie ist es um die deutsche Wirtschaft bestellt?

- Die Auftragsbücher sind voll,
- unsere Unternehmen sind in bester Verfassung und
- die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist so hoch wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung.

Und 2011 wird Deutschland voraussichtlich erstmals Waren im Wert von mehr als einer Billion Euro exportieren. Diese unglaubliche Zahl wird voraussichtlich auch 2012 wieder erreicht werden.

Zu verdanken haben wir diese Leistungen der Industrie: Sie ist Motor des deutschen Außenhandels – mit Schlüsselbranchen wie der Automobilindustrie, dem Maschinenbau, der Elektroindustrie, der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Chemischen Industrie.

Die deutsche Industrie setzt sich in der globalisierten Welt immer wieder mit Innovationen und ihren hervorragenden Produkten durch und steht für Wertschöpfung und Qualität.

Kurz gesagt: Die Industrie ist das Herz der deutschen Wirtschaft. Durch unsere Industrieunternehmen sind wir in der Lage, im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften konkurrenz- und überlebensfähig zu sein. Die Industrie sichert Wohlstand und Wachstum in Deutschland. Und weil das häufig aus dem Bewusstsein gerät, erinnern wir mit diesem Unternehmertag gern noch einmal daran.

Meine Damen und Herren,

allen muss klar sein: Dieser Erfolg muss ständig neu erarbeitet werden. Unsere Stärke als Wirtschaftsstandort hängt ab von einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Industrie als Taktgeber für Wachstum und Arbeitsplätze.

Denn die Welt ist im ständigen Wandel. Das haben die vergangenen Wochen gezeigt. Sie waren geprägt von Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten. Dies hat Sorgen ausgelöst, auf die Herr Prof. Dr. Keitel sicherlich gleich noch eingehen wird.

Ich will hierzu nur sagen: Wir dürfen zwei Dinge nicht tun. Erstens dürfen wir – bei allen Herausforderungen in diesen Tagen – keine Krise herbeireden. Dafür besteht kein Anlass. Wir dürfen aber zweitens trotz zweier wachstumsstarker Jahre auch nicht die Augen davor verschließen, dass Deutschland ein strukturelles Wachstumsproblem hat: Seit fast 20 Jahren ist das deutsche Wachstumspotenzial tendenziell rückläufig.

Lassen sie es mich in der Sprache der Medizin ausdrücken: Deutschland ist nicht krank, muss aber mehr in den Erhalt seiner Gesundheit investieren.

Wir brauchen eine Therapie, die uns langfristig fitter macht, die Wachstum und Beschäftigung nachhaltig sichert. Diese Herausforderungen können wir national und regional nur mit einer starken Industrie lösen, die den Wirtschaftskreislauf und alle Organe auf Vordermann hält.

Lassen sie mich diesen Kurs für die Region Berlin-Brandenburg anhand von einigen wesentlichen Aspekten kurz skizzieren:

1.) Die Industrie in der Region muss weiter gestärkt werden:

In den vergangenen Jahren ist es den Industrieunternehmen in der Region gelungen, die Beschäftigung trotz Krise stabil zu halten und sogar neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit hebt sich die wirtschaftliche Entwicklung in der Region positiv von früheren krisen- oder konjunkturbedingten Zyklen ab.

Dennoch, und das zeigt der Vergleich mit anderen Bundesländern: Brandenburg hat eine immer noch zu geringe industrielle Basis. Das gilt auch für Berlin. Um im Bild zu bleiben: Das Herz der Wirtschaft schlägt bei uns noch zu schwach.

Was bedeutet das für Wirtschaft und Politik und wie sieht das Fitnessprogramm in der Region aus, um weiter aufzuholen?

- In Brandenburg hat bereits die vorherige Landesregierung unter der Überschrift „Stärken stärken“ die Unterstützung für die Industrie deutlich intensiviert. Dieser Weg wird mit dem Metalldialog für die Metall- und Elektroindustrie fortgesetzt. Demnächst werden wir wieder mit Ihnen, Herr Ministerpräsident Platzeck, dazu zusammenkommen.
- Die gemeinsam mit Berlin verabredeten Initiativen zur Förderung der Cluster im Bereich Verkehr, Energie und Gesundheitswirtschaft, in denen die UVB aktiv und gestaltend mitwirkt, geben viele wertvolle Impulse.
- Auch in Berlin gibt es wichtige Initiativen für eine Stärkung der Industrie:
 - Mit dem Steuerungskreis Industriepolitik, einem Bündnis aus Senat, Wirtschaft und Gewerkschaften, sind wichtige Weichen gestellt worden, um die industriepolitischen Aktivitäten voranzubringen.
 - Dazu zählt z.B. der Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020, den die UVB maßgeblich mitentwickelt hat. Das Ziel ist ein industrielles Wachstum Berlins, das deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt.
 - Und dazu zählt auch die „Agentur für Elektromobilität (eMO)“, die mit finanzieller Unterstützung der UVB ein

industrielles Zukunftsfeld in der Hauptstadtregion entwickelt. Ziel ist, die Hauptstadtregion zu einem Schaufenster für Elektromobilität zu machen.

2.) Haushaltskonsolidierung

Meine Damen und Herren,

Voraussetzung für eine Stärkung der Industrie und ausgezeichnete wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind finanzielle Spielräume der öffentlichen Hand. Diese werden aber mit der Einführung der Schuldenbremse auf Länderebene ab dem Jahr 2020 und dem Abbau der Solidarpaktmittel enger.

- Brandenburg muss 2020 voraussichtlich mit zwei Milliarden Euro weniger auskommen. Das zwingt zu verstärkter Prioritätensetzung. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Landesregierung im Jahr 2014 auf die Aufnahme neuer Kredite verzichtet und mit dem Schuldenabbau beginnt.
- Ein ausgeglichener Haushalt muss auch in Berlin die Meßlatte für die kommende Legislaturperiode sein. Das Ziel, die Nettoneuverschuldung in der Hauptstadt ab dem Jahr 2016 auf Null zu senken, ist jedoch nicht ohne strukturelle Veränderungen im Haushalt möglich.

Auch wenn die öffentliche Hand den Gürtel enger schnallen muss, muss sie weiter investieren. Denn Investitionen sind das beste Mittel für eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Berlin-Brandenburg.

So können Unternehmen erfolgreich sein, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Damit ist übrigens auch den Kommunen geholfen.

Ich glaube daher, dass es keine gute Idee ist, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in Brandenburg durch die Änderung der Kommunalverfassung zu erweitern.

Dies würde den Wettbewerb verzerren und ginge zu Lasten der privaten Wirtschaft. Der vorliegende Gesetzentwurf geht daher – bei allem Verständnis für die Organisation kommunaler Dienstleistungen in Zeiten des demographischen Wandels – in die falsche Richtung. Meine Bitte ist, Herr Ministerpräsident Platzeck, dass wir uns hierzu noch einmal austauschen.

3.) Demographische Veränderungen erfordern neue Lösungen

Die schrumpfende und alternde Bevölkerung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Wirtschaft. Es stehen weniger Fachkräfte zur Verfügung und nicht nur die Gesellschaft wird älter, auch die Belegschaften in den Betrieben.

- In Ostdeutschland gibt es Regionen, in denen die Bevölkerung durch Geburtenrückgang und Abwanderung bis zum Jahr 2030 um bis zu 40 Prozent zurückgehen wird.
- Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Schulabgänger in Brandenburg nahezu halbiert. Eine Entwicklung hin zu einem noch deutlich niedrigeren Niveau ist zu erwarten.

- Der Fachkräftemangel ist bereits heute akut. Weil Fachkräfte fehlen, können Unternehmen teilweise jetzt schon nicht in dem gewünschten Umfang produzieren.

Was bedeutet das für Brandenburg? Zunächst steht die Wirtschaft in der Pflicht. In der Ausbildung müssen neue Wege beschritten werden. Wir brauchen die besten Köpfe und top ausgebildete Fachkräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das ist eine Schlüsselfrage für die Unternehmen – und damit auch für den Wirtschaftsstandort Brandenburg.

Die Betriebe bauen daher ihr Engagement für betriebliche Ausbildungsplätze aus und investieren verstärkt in die Ausbildung von Fachkräften.

- Im August dieses Jahres ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Brandenburg auf 11.873 erhöht worden.
- Derzeit stehen in Brandenburg den gut 3.500 nicht besetzten Stellen nur gut 3.400 unversorgte Bewerber gegenüber.

Das zeigt: Unsere Unternehmen tun bereits etwas gegen den Fachkräftemangel.

- 95% der Betriebe in der Metall- und Elektrobranche in der Region haben ihr Ausbildungsplatzangebot in diesem Jahr beibehalten oder erhöht. Diese positive Entwicklung wird sich fortsetzen.
- Außerdem verstärken die Unternehmen zusammen mit der UVB ihre Nachwuchssuche durch eine stärkere Kooperation mit Schulen und durch die Teilnahme an Ausbildungsmessen.

Mehr Schüler werden dadurch von der Attraktivität industrieller Berufe überzeugt.

- Zusammen mit der brandenburgischen Landesregierung und dem DGB hat die UVB Ende Mai dieses Jahres die Sozialpartnerschaft in Brandenburg abgeschlossen.

4.) Infrastruktur

Zu den Rahmenbedingungen, die für die Unternehmen wichtig sind, gehören die Infrastruktur und vor allem funktionierende Verkehrswege.

Bei großen Infrastrukturprojekten gibt es aber teilweise heftige Reaktionen aus der Bevölkerung. Das sehen wir auch hier in der Region – z.B. bei den Flugrouten für den neuen Flughafen Berlin-Brandenburg. Selbst in der Politik gibt es hier manchmal Kursänderungen, die für die Wirtschaft unverständlich sind.

Wirtschaftspolitische Vernunft bedeutet: Wir brauchen den Flughafen BER. Damit sind Wachstum und Arbeitsplätze verbunden.

Die Eröffnung am 3. Juni 2012 ist deshalb ein Meilenstein für die gesamte Region. Ab diesem Tag wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion spürbar gesteigert. Davon werden alle profitieren – Fluggäste, Fluggesellschaften, Unternehmen, Kommunen und nicht zuletzt die Arbeitnehmer und Bürger.

Damit alle profitieren, brauchen wir auch Flüge in den Tagesrandzeiten. Nur so ist der Flughafen konkurrenzfähig und kann insbesondere als Drehkreuz weiter wachsen. Der vorliegende Planergänzungsbeschluss stellt einen vernünftigen Kompromiss zwischen Fluggesellschaften und Anwohnern dar. Aus Sicht der Wirtschaft hoffen wir daher, dass das Bundesverwaltungsgericht bei seiner bevorstehenden Entscheidung den Kompromiss bestätigt. Nur wenn in den Tagesrandzeiten geflogen werden darf, wird der neue Flughafen BER wirtschaftlich arbeiten können.

Meine Damen und Herren,

auf die Energiewende wird sicherlich Herr Prof. Dr. Keitel gleich noch eingehen. Lassen Sie mich an dieser Stelle nur einen Punkt ansprechen, weil er speziell unsere Region betrifft: Ich sprach gerade von der wirtschaftspolitischen Vernunft. Zur wirtschaftspolitischen Vernunft gehört es auch, die Voraussetzungen für den Einsatz von CCS zu schaffen. Mit der CCS-Technologie kann die heimische und subventionsfreie Braunkohle umweltschonend genutzt werden und so einen Beitrag zur Energiewende leisten.

5.) Eine gemeinsame Wirtschaftsregion Berlin/Brandenburg

Meine Damen und Herren,

bereits heute nehmen die Berliner und Brandenburger die Region zunehmend als eine Einheit wahr: Unzählige Pendler fahren täglich nach Berlin zur Arbeit oder umgekehrt von Berlin nach Brandenburg. Für diese Menschen ist die Region eins.

Die Politik muss deshalb Barrieren zwischen den beiden Ländern abbauen – z.B. durch einen gemeinsamen Ausbildungsstellenmarkt für beide Bundesländer – davon würden Unternehmen, junge Menschen und damit Berlin und Brandenburg gleichermaßen profitieren.

Mehr Kooperationen sollten auch möglich sein für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit, Schul- und Hochschulpolitik sowie Gesundheitsversorgung. Angesichts des demographischen Wandels und der engeren finanziellen Spielräume sind solche Kooperationen dringend notwendig.

Und natürlich verlieren wir als Unternehmensverbände auch unser Ziel eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg nicht aus dem Auge.

Anfang des Jahres haben Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Platzeck, in einem Interview die Frage gestellt: „Wie wollen wir leben?“ Wie also „das Haus“ Brandenburg in Zukunft ausgestaltet werden soll.

Diese Frage ist auch für die UVB als Spitzenverband der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg von entscheidender Bedeutung. Wir sind deshalb der festen Überzeugung, dass Politik und Wirtschaft, gemeinsam Antworten finden müssen.

Wir regen daher an, dass wir unseren Dialog intensivieren und in zentralen Zukunftsfragen Brandenburgs noch enger zusammenarbeiten. Nur durch einen Schulterschluss von Wirtschaft und Politik kann der Standort Brandenburg wettbewerbsfähiger gemacht werden, weiter wachsen und die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen.

In diesem Sinne freuen wir uns auf eine weiterhin gute
Zusammenarbeit!

Vielen Dank!